

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Waldshut-Tiengen,
17. Mai 2010

Beginn der Sitzung: 18:10 Uhr
Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Ort: Waldshut, Öffentliche
Stadthalle Sitzung

Oberbürgermeister Albers berichtet, dass Stadträtin Ulrike Holzwarth, CDU-Fraktion gebeten habe, von ihrem Mandat entbunden zu werden. Da hierzu offiziell eingeladen werden muss, wird die Angelegenheit auf die Tagesordnung der Sitzung vom 14.06.2010 kommen. Im Falle ihrer Mandatsentbindung würde Johannes Flaig nachrücken.

36.

Volkshochschule Waldshut-Tiengen: Jahresbericht 2008/2009

Brigitte Reichmann und Martina Erdmann tragen den Bericht über die letzten 5 Jahre und die angestrebten Änderungen vor.

In den Jahren 2008 und 2009 ist im Vergleich zu den Jahren 2005 bis 2007 die Anzahl der Kurse und der Unterrichtseinheiten leicht zurückgegangen. Die durchschnittliche Belegung der Kurse blieb jedoch stabil. Der Kostendeckungsgrad ging leicht zurück. Um dem entgegenzuwirken, werden folgenden Änderungen vorgenommen:

Angebotserweiterung: größeres Angebot bei Sprachkursen, komplett neue Kursangebote z.B. „Kompetent und erfolgreich telefonieren“ oder „Marketing für Vereine“.

Probeweise Umstrukturierung des Gebühren- und Honorarmodells in Abhängigkeit von der tatsächlichen Teilnehmerzahl, d.h. gestuftes Dozentenonorar und gestufte Teilnehmergebühr.

Zur Weiterentwicklung des Angebotes sollen mehr Firmenkurse angeboten werden.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht der VHS und die angestrebten Änderungen zur Kenntnis. OB Albers ermutigt das Team der VHS, so weiter zu machen.

37.

Bushaltstelle am Gewerbepark

OB Albers erläutert, dass nachdem an der provisorischen Bushaltstelle am Gewerbepark eine Bedarfsampel eingerichtet worden sei, wieder vermehrt Anfragen eingegangen seien, mehr Buslinien durch den Gewerbepark zu führen. Im Übrigen sei auch angefragt worden, die Bushaltstelle südlich der B34 durch eine Haltestelle im Gewerbepark zu ersetzen. Er begrüßt Lothar Probst vom Waldshuter Tarifverbund und Nikolaus Albiez von der Südbaden Busgesellschaft, die sich mit der Thematik befasst haben und anhand einer Präsentation ihre Ergebnisse vortragen.

Wie Herr Probst erläutert, gebe es eine Buslinie von Tiengen nach Waldshut mit 3 Fahrwegen. Eine Linie fahre direkt auf der B34, halte an der Haltestelle Lonza-Süd. Eine zweite Linie fahre durch den Gewerbepark und halte an der Haltestelle Gewerbepark-Ost. Eine dritte Linie fahre über die Kupferschmidstraße am alten OBI vorbei und halte an der Haltestelle Lonza-Nord. Diese Linienführung sei damals von der dort ansässigen Augenarztpraxis gewünscht worden. Nicht einmal bei jedem zweiten Kurs gebe es hier einen Ein- oder Aussteiger.

Es gebe 82 Fahrten täglich, wobei einzelne Kurse gingen, bei denen zwischen Tiengen und Waldshut kein einziger Fahrgast ausstiege.

Wie Herr Probst mitteilt, seien beim Waldshuter Tarifverbund und bei der SBG keine Anfragen zu zusätzlichen Kursen eingegangen.

Ihre Überprüfungen hätten ergeben, dass eine Umleitung eines direkten Kurses durch den Gewerbepark einen zusätzlichen Fahrtweg von 400 Meter, eine um 1 bis 2 Minuten längere Fahrtdauer und 200 € Mehrkosten je Fahrt im Jahr verursachen würde.

Eine Entscheidung über eine eventuelle Änderung müsse bis Ende September gefällt sein. Der Fahrplanwechsel sei zum 13. Dezember.

Wie Herr Probst weiter erläutert, müsse eine Abwägung der Vor- und Nachteile vorgenommen werden, da auch Fahrgäste verloren gehen können, die evtl. wegen einer längeren Fahrzeit verärgert seien und wegblieben. Die Vorteile einer Umleitung durch den Gewerbepark mit Halt im Gewerbepark seien eine Einsparung von 7 Minuten Fußweg. Der Nachteil sei, dass täglich 270 Fahrgäste (9 Fahrten zu je 30 Fahrgästen) eine um 1 bis 2 Minuten längere Fahrt in Kauf nehmen müssen.

WTV und SBG schlagen vor:

- Beibehaltung von 9 Fahrten täglich durch den Gewerbepark.
- Die Fahrten über die Kupferschmidstraße (mit Haltestelle Lonza-Nord) ab 13.12.2010 über den Gewerbepark führen. Dafür würde die Haltestelle beim alten OBI wegfallen, d.h. 9 Fahrten weniger über diese Haltestelle.

Auf Nachfrage von OB Albers, ob es eine vergleichbare Situation im Landkreis gäbe, erwähnt Herr Probst den Kurs Bad Säckingen – Wehr – Todtmoos, wobei die Fahrten nicht mehr über Wallbach gingen. Ebenso würde die Linie 22 Waldkirch und Brunnadern nicht mehr bedienen.

Stadtrat Erwin Schlegel würde es auch als Handicap sehen, wenn alle Fahrten über den Gewerbepark gingen.

Stadträtin Claudia Hecht, fragt, ob Untersuchung gemacht worden seien, zu welchen Uhrzeiten Bedarf für bestimmte Haltestellen bestünde.

Nikolaus Albiez antwortet, dass bedarfsorientiert gefahren werde und der Bedarf jährlich geprüft werde. Für die Haltestelle im Gewerbepark liege die Inanspruchnahme bei 1 bis 5 Personen pro Fahrt.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion äußert die Ansicht, dass auf die, in der Präsentation erwähnten 160 Fahrgäste, die täglich im Gewerbepark ein- und ausstiegen, nicht eingegangen würde. Er halte es für sinnvoll, wenn Fahrten als Express-Busse durchgeführt würden.

Lothar Probst gibt zu bedenken, dass dann der Vorteil des jetzigen 20-Minuten-Taktes verloren ginge.

Stadtrat Harald Würtenberger, Freie Wähler-Fraktion weist darauf hin, dass man den Autofahrern auch eine Wartezeit zumute, wenn die Ampel gedrückt würde.

OB Albers erinnert, dass es sich im Moment um eine provisorische Lösung mit der Fußgängerampel handele.

Stadtrat Markus Ebi würde es ebenfalls befürworten, Expressbusse zuzulassen und die anderen Busse über den Gewerbepark fahren zu lassen. Die Fahrzeitverlängerung um 1 bis 2 Minuten sehe er nicht als gravierend an, da bei einer Fahrt durch den Gewerbepark der Stau umgangen werde, der sich oft bilde.

Als Gegenargument für Expressbusse meint Lothar Probst, dass die Leute, die eine schnelle Beförderung möchten, auf den Zug gingen. Für Leute, die den Bus benutzen, sei meist eine nahe gelegene Haltestelle wichtig.

Stadtrat Gerd Jacobshagen, CDU-Fraktion erinnert daran, dass es um Provisorien gehe. Die Straßen im Gewerbepark seien noch nicht alle durchgängig und im Bau. In einem Jahr wird es anders aussehen, auch wegen der Lastwagen, die dann zur Verzollung dort seien. Er kann sich vorstellen, dass man Linien in Zukunft bedarfsgerecht entflechte.

Nikolaus Albiez schlägt vor, künftig 18 statt 9 Busse durch den Gewerbepark fahren zu lassen. Damit würde dann 1/3 der Busse der Verbindung Tiengen – Waldshut durch den Gewerbepark fahren.

OB Albers fasst zusammen: Der Gemeinderat stellt fest, dass eine Bushaltestelle südlich der Lonza unverzichtbar ist. Es ist für den ÖPNV nicht gut, wenn alle Busse durch den Gewerbepark durchgeführt werden. Der Gemeinderat wünscht aber, dass die Zahl der Kurse, die durch das Gewerbegebiet gehen, deutlich erhöht wird. Er ist einverstanden, dass dem Vorschlag der SBG zunächst gefolgt wird, auf jeden Fall aber Zählungen stattfinden und die Angelegenheit in einem Jahr, im Mai 2011 wieder auf die Tagesordnung kommt.

OB Albers fragt, ob ein anderer Antrag gestellt wird. Dies ist nicht der Fall.

38.

Ein Stadteingang für Waldshut

Architekten präsentieren ihre Ideen zum Standort „Rheinschloss“

Oberbürgermeister Albers begrüßt die Architekten Ernesto Preiser und Gerold Müller. Herr Müller stellt das Netzwerk Architektur + Management vor, zu dem sich die Architekten Preiser, Müller, Burkhard, Moser, Duffner und Hovenbitzer zusammengeschlossen haben. Die Architekten Müller und Preiser tragen ihre Visionen bezüglich des Standortes Rheinschloss vor.

Architekt Preiser berichtet, dass zusammen mit Herrn Gerspacher junior, dem Sohn des Eigentümers, das Gebäude besichtigt und bewertet worden sei. Die Aussichtslage sei bestechend, allerdings sei das Gebäude am zerfallen. Brandschutzvorschriften können nicht erfüllt werden. Sie gingen deshalb von einem Rückbau und Neubau aus. Sie sehen es vom Zoll her kommend als erste Wahrnehmung und als „Wahrzeichen“ von Waldshut. Der Neubau solle aus einem Turm mit Wohnungen und Büroräumen bestehen, welcher eine ähnliche Höhe wie das bestehende Gebäude habe, und im Anschluss daran in nördlicher Richtung einem niedrigeren Gebäude, bestehend aus Garagen und Maisonettewohnungen. Ein Stellplatznachweis sei noch nicht geführt worden. Planungsrechtliche Aspekte seien noch nicht mit den zuständigen Fachbehörden abgestimmt. Ihre Vorstellung sei es, mit ihren Ideen zum Denken anzuregen.

OB Albers fügt hinzu, dass es darum ginge, die Haltung des Gemeinderats festzustellen, ob eine bauliche Nutzung stattfinden soll und wenn ja, ob sie in die Höhe gehen solle.

Stadtrat Rimmelme, CDU-Fraktion befürwortet die Idee. Die Planung sehe gut aus.

Auf die Nachfrage von OB Albers, was Leute veranlassen solle, an dieser Stelle zu investieren, antwortet Architekt Preiser, dass es sich um eine super Wohnlage handele und das Lärmproblem sich lösen ließe.

Stadtrat Wolfgang Hörr begrüße es, dass sich heimische Architekten Gedanken machen über den Ortseingang von Waldshut. Er sehe allerdings den Turm auf der falschen Seite. Bei der Fahrt aus Richtung Schmittenu sei er zu gewaltig. Er fände es besser, den Flachbau auf der anderen Seite zu platzieren und allmählich ansteigen zu lassen. Ansonsten sehe er einen Vorteil für die Attraktivität des Ortseinganges und eine attraktive Lage.

Architekt Preiser betont, dass es sich um eine Entwurfsstudie handelt, die den Turm an der gleichen Stelle vorsehe, wo das Haus bisher stehe.

Architekt Müller fügt hinzu, dass er auch einen historischen Aspekt sehe bei einem Turm als Ortseingang und markanten Punkt von Waldshut. Die verträge es ihres Erachtens.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, sehe an dieser Stelle eine der schönsten Lagen der Stadt, Bahnhof und Busbahnhof seien in unmittelbarer Nähe. Er finde die Nutzung umliegender Gebäude als Büros schade und finde den Einstieg in Wohnnutzung positiv. Seiner Ansicht nach gehöre in diesem Zusammenhang auch die Aufwertung der Rheinpromenade in das gesamte Projekt miteinbezogen.

Stadtrat Günter Heinrich ist im Großen und Ganzen auch für die Eingangsgestaltung, wie sie sich darstelle. Allerdings finde er den Komplex in der Höhe zu dominant. In Berlin lege man Wert darauf, dass Häuser eine bestimmte Geschossanzahl nicht überschreiten. Er wäre für eine bescheidenere Gestaltung, die sich an der in Waldshut üblichen Architektur orientiere. Er finde das heutige Rheinschloss einen „steilen Zahn“ und von Full aus gesehen scheußlich, als Glaskasten später auch scheußlich.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion erklärt, dass das Grundstück zur Stadt hin schmaler zulaufe und meint, dass man vor dem Turm keine Angst haben solle. Er vergleiche es mit dem Kolosseum, vor dem man zunächst auch etwas Angst gehabt habe, was jedoch heute kein Thema mehr sei. Es solle ein schönes Entree geben. Er finde es interessant und spannend.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion fragt die Architekten, ob sie das Problem der Zufahrt zu den Garagen als lösbar ansehen und ob die Höhe des flachen Gebäudeteiles höher sei, als die benachbarten Gebäude.

Architekt Müller erwidert, dass die Problematik der Zufahrt noch nicht geklärt sei. Das Turm-Gebäude habe maximal 2/3 des Volumens des jetzt noch stehenden Gebäudes.

Stadtrat Harald Würtenberger, teilt mit, dass die Freien Wähler die Planung voll unterstützen und begrüßen würden, dass der jetzige Schandfleck wegkäme. Sie hoffen, dass Investoren gefunden werden.

OB Albers merkt an, dass man hoffe, dass sich Investoren melden, wenn man die Idee publiziere. Er fasst zusammen, dass der Gemeinderat in der baulichen Nutzung kein Widerspruch sehe. Bezüglich der Gebäudehöhe gingen die Meinungen auseinander. Die Idee sei, nicht höher als die benachbarten Gebäude zu bauen.

OB Albers formuliert den nachfolgenden Beschlussantrag:

1. Beschluss:

Beschluss: Der Gemeinderat möchte, dass auf jeden Fall nach dem Abriss des Rheinschlusses an dieser Stelle wieder ein Gebäude entsteht. Für die bauliche Nutzung kann auch ein größerer Teil des Hanges als bisher in Anspruch genommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

2. Beschluss:

Die Höhe des Gebäudes soll mindestens der des bestehenden Gebäudes entsprechen, kann aber auch höher sein.

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen
mehrheitlich zugestimmt

39.

Winterdienst: überplanmäßige Ausgabe

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Alfred Scheuble, Freie Wähler-Fraktion fragt, welche Maßnahmen es seien, die auf kommende Jahre verschoben werden müssen.

Rainer Fechtig vom Tiefbauamt erklärt, dass man aufgrund des längeren Winters erst später mit verschiedenen Tiefbaumaßnahmen habe beginnen können und deshalb einige der geplanten Maßnahmen erst im kommenden Jahr verwirklicht würden.

Beschluss:

Der Gemeinderat bewilligt überplanmäßige Mittel in Höhe von 120.000 € auf der Haushaltstelle 1.6750.578100 (Streusalz und Unternehmerentgelt).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

40.

Änderung Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Bergstadt II“, Waldshut

a) Beschluss über eingegangene Stellungnahmen

b) Satzungsbeschluss

Bürgermeister Beck berichtet, dass der Bau- und Umweltausschuss nach seiner Vorberatung einstimmig empfiehlt, die Beschlüsse wie von der Verwaltung vorgeschlagen zu fassen.

Beschluss:

1. Die Anregungen der 22 Grundstückseigentümer werden teilweise berücksichtigt.
2. Der Gemeinderat beschließt die Bebauungsplanänderung „Bergstadt II“, 1. Bauabschnitt vom 29.08.1994 und 2. + 3. Bauabschnitt vom 29.01.1996 als Satzung. Der beigefügte Abgrenzungsplan, die Satzung und die Begründung sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

41.

Änderung der Verwaltungsgebührensatzung:

Gebührenfestsetzung nach Waffenrecht

Der Leiter des Ordnungsamtes Lothar Baltus erläutert die Notwendigkeit der Festsetzung von Gebühren für Verwaltungstätigkeiten im Waffenrecht aufgrund der Übertragung der Zuständigkeit zur Gebührenerhebung vom Bund zu den Ländern.

Sandra Karch, Sachbearbeiterin für das Waffenrecht, trägt die vorgesehenen Regelungen anhand einer Präsentation vor. Sie erläutert die Vorgehensweise der nach dem Waffengesetz vorgeschriebenen Überprüfungen der Waffenbesitzer. In Waldshut-Tiengen seien dies etwa 400 Personen. Insgesamt befänden sich ca. 1.500 Waffen im Stadtgebiet. Seit 15.10.2009, nachdem die Waffenbesitzer angeschrieben wurden, seien ca. 200 Waffen zur Verwertung abgegeben worden. Die Regelüberprüfung, die alle 3 Jahre gemacht werden müsse, finde vom Schreibtisch aus statt und solle gemäß Vorschlag der Verwaltung gebührenfrei bleiben. Es würden dabei verschiedene Registerauszüge

angefordert. Dies sei ein Zeitaufwand von etwa 10 Minuten pro Fall. Das Landratsamt verlange hierfür eine Gebühr von 13 €.

Die örtlichen verdachtsunabhängigen und verdachtsabhängigen Kontrollen hätten durch 2 Personen zu erfolgen. Wer die zweite Person sein werde, sei noch nicht geklärt. Denkbar sei, evtl. einen pensionierten Polizeibeamten hinzuzuziehen.

Auf Nachfrage erläutert Frau Karch, dass Waffenbesitzer grundsätzlich zu den Räumen, in denen Waffen aufbewahrt werden, Zutritt zu gewähren haben, auch bei verdachtsunabhängigen Kontrollen. Zu Wohnräumen müsse nur Zutritt gewährt werden bei dringender Gefahr, z. B. wenn ein Schuss aus der Wohnung gekommen sei. In der Praxis bedeute dies, dass man die Zustimmung des Waffenbesitzers brauche. Bei wiederholter Verweigerung könne die Zuverlässigkeit des Waffenbesitzers in Frage gestellt werden.

Nach weiterer Erörterung stellt Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion den Antrag, auch Regelüberprüfungen mit einer Gebühr zu belegen.

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass in der Satzung über die Verwaltungsgebühren im Waffenrecht auch die Regelüberprüfung der Waffenbesitzer mit einer Gebühr belegt wird.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Ja-Stimmen
mehrheitlich abgelehnt

2. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Satzung über die Verwaltungsgebühren im Waffenrecht (Ergänzung der städtischen Verwaltungsgebührensatzung).

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen
mehrheitlich zugestimmt

42.

Poller beim Oberen Tor

Peter Kienzler, Sachgebietsleiter der Straßenverkehrsbehörde, erläutert den Sachverhalt wie in der Sitzungsvorlage dargestellt. Wie er mitteilt, sei der Bereich der oberen Wallstraße und Marienstraße bereits seit Sommer 2007, damals zunächst probeweise, als Fußgängerzone beschildert. Am 10.11.2008 sei dann der Gemeinderatsbeschluss erfolgt. Dennoch werde die Straße, die mangels einer baulichen Umgestaltung noch als Straße erkannt werde, immer wieder illegal von Fahrzeugen durchfahren. Dies sei vor allem für die Geschäftsinhaber bezüglich der Außenbewirtung und Warenauslage störend, die sich deshalb bei der Straßenverkehrsbehörde beschweren.

Die Verwaltung beantragt nun, die Durchfahrt durch das Obere Tor durch den Einbau eines Pollers für den Verkehr zu sperren und schlägt vor, die Sperrung für ein halbes Jahr probeweise durchzuführen. Rettungsfahrzeugen sei im Notfall die Durchfahrt zu ermöglichen.

Stadträtin Erika Walde, FDP-Fraktion spricht sich dafür aus, die Autofahrer schon an der Einfahrt in die obere Wallstraße durch einen Poller am Einfahren zu hindern, auch wegen der spielenden Kinder beim Café K. Stadträtin Rita Mosel schließt sich dieser Meinung an.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser teilt mit, dass sich die GRÜNE-Fraktion dafür ausspreche, die Fußgängerzone an der Einfahrt in die Wallstraße mittels eines größeren Schildes und eines 3 bis 5 Meter breiten Streifens über die Straße besser kenntlich zu machen. Im Übrigen sehe er das Problem mit dem Poller für Rettungsfahrzeuge nicht gelöst, wenn es wirklich eile.

Stadtrat Dieter Zauft spricht sich gegen einen Poller im Oberen Tor aus, da man den Leuten, die in die Fußgängerzone einfahren, was bis 9.00 Uhr erlaubt sei, auch die Ausfahrt durch das Obere Tor ermöglichen solle.

Stadtrat Josef Rimmelé äußert die Ansicht, dass die Autofahrer an der Einfahrt in die Wallstraße gehindert werden sollen und spricht sich anstatt einer Fußgängerzonenregelung für ein Einfahrtsverbot mit Ausnahme für Zulieferer und Anwohner aus. Ein Poller erst am Oberen Tor solle sorgen dafür, dass die eingefahrenen Autofahrer wieder wenden müssen.

Stadtrat Gerd Jacobshagen, CDU-Fraktion regt an, dass man sich über eine elektronische Lösung mit Schranke Gedanken machen solle und erwähnt dabei als Beispiel die Stadt Zürich sowie die angedachte Schrankenlösung am Chilbiplatz.

Stadtrat Harald Würtenberger befürwortet ebenso eine Lösung mit einem Poller schon an der Einfahrt in die Wallstraße, auch wegen des Problems der Ausfahrt von Fahrzeugen aus der Kaiserstraße zwischen 6.00 und 9.00 Uhr.

Peter Kienzler fügt hinzu, dass es versenkbare Poller gebe und meint, dass sich das mit dem Zulieferverkehr, der wieder ausfahren müsse, einspielen werde.

Stadtrat Albert Ebner fragt sich, ob der Gemeinderat in dieser Angelegenheit überhaupt etwas zu sagen habe.

OB Albers erklärt, dass beispielsweise die Festsetzung einer 30-Zone eines Gemeinderatsbeschlusses bedürfe. Ansonsten die Festsetzung von Verkehrsregelungen wie Geschwindigkeitsbeschränkungen Sache der unteren Verwaltungsbehörde unter Weisung des Innenministeriums sei. Der Gemeinderat könne jedoch seine Meinung äußern.

Oberbürgermeister Albers fasst zusammen, dass er von Seiten des Gemeinderats keine Zustimmung hört für die Anbringung eines Pollers. Die Verwaltung soll sich weitere Gedanken machen und einen neuen Lösungsvorschlag ausarbeiten.

43.

Robert-Schuman-Realschule Waldshut: Vergabe von Bauarbeiten für Fenster- und Fassadensanierung

Stadtrat Gerhard Vollmer äußert sich, dass eine Firma bemängelt habe, dass die Ausschreibung unzureichend gewesen sei.

Bürgermeister Beck erläutert, dass er mit dem betreffenden Unternehmer telefoniert habe. Er soll sich geärgert haben, dass beschränkte Ausschreibungen durchgeführt wurden, wobei man ihn angerufen habe, ebenfalls aber auch bei auswärtigen Firmen angerufen worden sei. Er fühle sich deshalb als einheimischer Bieter benachteiligt. Bei den Beispielen die der Unternehmer benannt habe, soll es sich jedoch ausschließlich um öffentliche Ausschreibungen gehandelt haben. Wie Bürgermeister Beck weiter hinzufügt, rufe das Hochbauamt sogar oft einheimische Firmen an, um auf öffentliche Ausschreibungen aufmerksam zu machen. Auf jeden Fall werde auf die Einhaltung der Vorschriften geachtet.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Gewerk 1 gemäß Verwaltungsvorschlag zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

44.

**Hochrhein-Sporthalle Waldshut:
Vergabe von Bauarbeiten für Fenster- und Fassadensanierung**

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Gewerke 1 und 2 gemäß Verwaltungsvorschlag zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

45.

**Neubau Kindergarten und Kinderspielplatz „Forsthof“:
Baukostenabrechnung**

OB Albers bedankt sich bei Martin Gruner und dem Architekten Ernesto Preiser.

Der Gemeinderat nimmt die mit den beigelegten Sitzungsvorlagen vorgelegten Kostenaufstellungen zur Kenntnis. Es gibt dazu keine Wortmeldungen.

46.

**Konzessionsvertrag Strom:
Ausschreibung**

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat nimmt die öffentliche Ausschreibung der Stromversorgungskonzession für die Ortsteile in Waldshut-Tiengen zustimmend zur Kenntnis.

Es gibt keine Wortmeldungen.

47.

**Homepage www.waldshut-tiengen.de:
Präsentation des Bereichs „Touristik“**

OB Albers und Angela Winkler, von der Tourist-Information zeigen den Veranstaltungskalender auf der Homepage der Stadt sowie die Möglichkeit der Ansicht in tabellarischer Form.

Die Präsentation wird wegen der nur sehr langsamen Internetverbindung abgebrochen.

OB Albers bietet den Stadtratsmitgliedern zwei Schulungs-Termine an, an denen sie sich von Mitarbeitern der EDV-Abteilung der Stadtverwaltung über das Navigieren im Netz informieren können. Interessenten sollen sich per Email melden.

48.

Spenden

Es liegen keine Spenden vor.

49.

Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

50.

Verschiedenes

Pflegeheim Tiengen

Veranlasst durch einen Zeitungsartikel spricht Stadtrat Gerhard Vollmer dieses Thema an. Er fände es gut, wenn sich der Gemeinderat durch eine offizielle Bekundung für den Erhalt des Kreispflegeheimes Tiengen einsetzen würde.

OB Albers vertritt die Ansicht, dass auch eine Resolution des Gemeinderates nicht helfen würde, wie das Beispiel des Krankenhauses Stühlingen zeige.

OB Albers erläutert weiter, dass der Landkreis 2 Pflegeheime betreibe, Jestetten mit 85 Plätzen und Tiengen mit 41 Plätzen. Das Heim in Jestetten sei für 10 Mio. € umgebaut worden. Das Tiengener Heim sei deutlich kleiner und nicht mehr marktgerecht. In Tiengen gebe es keine Einzelzimmer, was jedoch immer mehr gewünscht werde.

Beim Kreis gebe es Überlegungen zu einem Erweiterungsbau. Der Anbau nach Norden würde 1,8 Mio. € kosten. Es gebe zwar Zuschüsse hierfür, jedoch sei unsicher, ob das betriebswirtschaftliche Risiko zu groß sei. Die Untersuchung, ob ein Verkauf an Privat sinnvoll wäre, stehe aus. Das Interessenbekundungsverfahren wird ein paar Monate dauern.

Der Oberbürgermeister wird den Gemeinderat über das weitere Vorgehen auf dem Laufenden halten.

51.

Fragestunde

Tommasistraße

Ein Bürger fragt, ob der Schutzwall oberhalb der Tommasistraße erhalten bliebe. Des Weiteren möchte er wissen, was mit dem jetzt freigelegten Gelände passieren wird.

Im Übrigen würde dort sehr schnell gefahren. Er fragt an, ob die Möglichkeit bestünde, zum Schutz der Kinder eine 30er-Zone einzurichten, auch ob Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden könnten.

Bürgermeister Beck antwortet, dass das Grundstück von Schleith um eine Fläche vergrößert worden sei. Es sei vorgesehen, nötigenfalls den Wall zu verlegen, damit das Grundstück zusammenhängend genutzt werden könne. Es werde immer erforderlich sein, hier einen Wall zu haben.

Peter Kienzler vom Straßenverkehrsamt werde prüfen, ob die Einrichtung einer 30er-Zone möglich sei.

Oberbürgermeister Albers schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.50 Uhr.